

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierthalb Pf. DM. 0.00 einschließl. des "Amts-Unterhaltungsblattes" in der Gesamtheit, bei unseren Boten sowie bei allen Buchhandlungen. — Gescheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Der Preis höherer Gewalt — Krieg oder ähnlicher ungewöhnlicher Notzustand der Zeitung, der Kostenstellen über die Aufzehrungskosten — hat die Rechte eines Einzelnen auf Steuerung oder Auslieferung der Zeitung eben so wie jahrlang bei Bezugserfordernis.

Ver.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberhühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterhühengrün, Wildenthal usw.

Bezirksrecht. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohm in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Telefonische Nr. 110.

N 218.

Sonnabend, den 20. September

1919.

Für die Volkszählung

am 8. Oktober 1919 bedürfen wir der Mitarbeit zahlreicher freiwilliger Helfer. Herren oder Damen, die sich an dem Zählgeschäfts beteiligen wollen, werden um baldige Aufgabe ihres Namens in der Ratsanleihe gebeten. Zur Besprechung der für die Zählung maßgebenden Bestimmungen wird Anfang Oktober dss. Jrs. eingeladen werden.

Eibenstock, den 15. September 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 20. dss. Mts., von früh 8 Uhr an. Zur Verteilung kommen auf Reichsmarken 90 g Rindfleischkonserven und 40 g Wurstkonserven, auf Mark III 12 der Einfuhrzulassungskarte für ausl. Rötelswinefleisch 125 g amerit. Schweinefleisch. Kinder erhalten die Hälfte. Die Umlauber beliefern das Geschäft von Hermann Singer.

Eibenstock, am 19. September 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Als Erstes für die bis 7. September ausgesetzten Fleischmengen werden Sonnabend, 20. Sept., auf Mark VII der grünen Fleischergänzungskarte 250 g Hülsenfruchtmehl zu 45 Pf. oder 250 g Feldbohnen zu 56 Pf., auf Mark VII der gelben Fleischergänzungskarte 125 g Hülsenfruchtmehl oder 125 g Feldbohnen in den Geschäften, wo die 1 der Lebensmittelkarte abgestempelt ist, verkauft.

Eibenstock, den 19. September 1919.

Der Stadtrat.

Wahl zur Bezirksversammlung.

In der Stadt Eibenstock findet Sonntag, den 26. Oktober 1919, vormittags

tags 11 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses die Wahl zur Bezirksversammlung statt. Die Wahl erfolgt durch die Stadtverordneten.

Zum 4. Wahlkreis, zu dem die Stadt Eibenstock gehört, werden 7 Abgeordnete nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen in geheimer Abstimmung gewählt.

Die Wahlvorschläge sind bis Sonntag, den 12. Oktober 1919 von den Wahlberechtigten bei dem Wahlkommissar, Herrn Bürgermeister Hesse in Eibenstock einzureichen. Sie sind von mindestens 3 Stimmberchtigten zu unterzeichnen und können verbunden werden.

Die Wahlvorschläge müssen die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge nach Name, Stand, Beruf und Wohnort so genau angeben, daß über ihre Person kein Zweifel bestehen kann. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete zu wählen sind. Als Vertrauensmann für den Wahlvorschlag gilt der erste Unterzeichner. Er ist berechtigt, die Rücknahme des Wahlvorschlags und seine Verbindung mit anderen zu erklären. Mit ihm verhandelt der Wahlkommissar wegen Verichtigung oder Ergänzung der Wahlvorschläge.

Zu den Wahlvorschlägen sind Erklärungen der Bewerber beizubringen, daß sie die Aufnahme ihres Namens in den Wahlvorschlag gestatten und die Wahl anzunehmen bereit sind. Kein Bewerber darf sich in mehrere Wahlvorschläge eines Wahlkreises aufnehmen lassen. Bewerber, die auf denselben Wahlvorschlag mehrmals genannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbündeten Wahlvorschlägen angehören. Bis zum 20. Oktober 1919 ist es zulässig, eingereichte Wahlvorschläge abzuändern, die Verbindung von Wahlvorschlägen zu erklären und Wahlvorschläge zurückzunehmen. Die Rücknahme verbundener Wahlvorschläge darf nur gemeinschaftlich erklärt werden.

Eibenstock, den 18. September 1919.

Der Wahlleiter für Eibenstock.

Hans Höhl.

Das freie Meer.

Während des Krieges hat die Forderung des "freien Meeres" eine große Rolle gespielt. Von der Entente wurde behauptet, daß Deutschland die Freiheit des Seeverkehrs bedrohe, während wir durchaus gleiches Recht für alle verlangten, und selbst das seegewaltige England gab sich den Anschein, als befürge es eine dauernde Sperrre seiner Häfen. Seit dem Eintritt des Waffenstillstandes ist von dem freien Meere und von der Sicherstellung des Seeverkehrs nicht mehr die Rede und auch in den Friedensverhandlungen zu Paris ist diese Frage kaum in beachtenswerter Weise gestreift worden. Deutschland leidet für seine Binnens- und Seeschiffahrt unter schweren Hemmnissen u. fremdem Wettbewerb, u. wir können die Zeit noch nicht abschätzen, wo wir die alte Blüte der deutschen Handelsfahrt wieder erlangen werden. Von einem freien Meer kann für uns keine Rede mehr sein, seitdem wir auf die Unterhaltung einer eigenen Kriegsflotte verzichtet haben, es kann sich nur darum handeln, Alte der Willkür für die Zukunft zu verhindern.

Man soll nicht sagen, daß solche Alte der Willkür für die Zukunft selbstverständlich ausgeschlossen sein müssen. England hat Deutschland, in dem es seinen gefährlichsten Konkurrenten erblickte, zur See lahm gelegt, und da es den Willen hat, so wird es auch Mittel und Wege finden, ein neues Anwachsen der deutschen Konkurrenz in einem solchen Grade zu verhindern, der ihm gefährlich erscheint. Wir brauchen nur an die glänzende Stellung zu erinnern, die unser Handel und unsere Schiffahrt sich in Ostasien errungen hatten, und die Engländer vor dem Kriege ein Dorn im Auge war. Wie ist dorwärts geworden? Sie ist wie mit einem Schwamm fortgewischt. Auch Amerika ist nicht blöde gewesen. Was es von unseren schönen großen Ozeankämpfern hat erlangen können, darauf hat es die Hand gelegt. Auch hier wird der Wiederaufbau Jahre lang in Anspruch nehmen, wenn es überhaupt gelingt, ihn zu vollenden. Denn die Voraussetzung ist die allereifrigste Tätigkeit und die unbegrenzte Arbeitslust.

Trotz alledem bleibt das freie Meer in jedem Fall ein überaus wichtiges Zukunftsproblem, denn das so hart mitgenommene Europa ist mehr denn je auf den internationalen Weltverkehr angewiesen. Und wer über die größte Tonnenzahl verfügt, hat die meisten Frechten, bestimmt die Preise am selbständigen und verdient das meiste Geld. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir in den europäischen Häfen mehr japanische Handelsfahrzeuge sehen werden, als

allen Staaten sieb ist, denn Japan hat im Kriege wenig gelitten und sehr viel verdient, baut die billigsten Schiffe und hat die willigsten Mannschaften. In der Hauptsache bleibt aber England der bestimmende Faktor auf dem Meere, und es sind keine deutschen, sondern französische Stimmen, die ihren Unmut darüber offen zum Ausdruck bringen. Sie sagen unverblümmt, daß England, das wahre Riesensegeln durch den Krieg eingehemmt habe, auch nicht zum geringsten Zugeständnis zu bewegen gewesen sei. Jetzt, nachdem die deutsche Kriegsflotte verschwunden ist, kommandierte zur See der stärkste Marinestaat, also Großbritannien. Und in London hält man diese Tatsache für so selbstverständlich und daher auch für gerecht, daß man es für überflüssig erachtet, darüber ein Wort weiter zu verlieren.

Dabei ist indessen ein geheimes Schmunzeln in britischen Seekreisen darüber nicht zu erkennen, daß der Zustand der Flotten der verbündeten Staaten während der langen Kriegsdauer ein ganz miserabler geworden ist. Die französische Marine ist zum guten Teil nur altes Eisen. England hat es wirklich nicht nötig, über Seeangelegenheiten viele Worte zu verlieren. Damit wird aber der Ruf nach dem freien Meer für die Dauer keinesfalls totgeschwiegen, denn die Freiheit der Schifffahrt ist gleichbedeutend mit der Freiheit des Lebens, der Erziehung und der Arbeit.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Regierungsmassnahmen gegen den Salutaturz. Die Regierung versucht fortgesetzt, dem schlechten Stand der Salute entgegenzuwirken. Bisher ist der Erfolg ihrer Maßnahmen bisher ausgeschlossen. Neu geplante Schritte haben hoffentlich bessere Wirkung, jedoch bedarf es dazu der Hilfe des ganzen Volkes. Der erste Grund für den Tieftand der Salute ist das Fehlen ausreichender finanzieller Mittel des Reiches. Die neuen Steuern und die bereits angekündigte Prämienanleihe werden ja die schwedenden Verbindlichkeiten des Reichs und den Papiergeldumlauf eindämmen, aber die Hauptsache bleibt, um einen Erfolg zu erreichen, doch die allgemeine Hebung der produktiven Arbeit. Die große Passivität unserer Handelsbilanz, d. h. das Überwiegen der Einführung über die Ausfuhr ist ein wichtiger Grund für den schlechten Salutatstand. Dabei spielt das doch im Westen eine große Rolle. Die Entente respektiert nicht unsere Einfuhrverbote. Es

werden von ihr alle Waren eingeführt, die die Ententestaaten mit gutem Ruhm an uns abstoßen wollen. In letzter Zeit hat die Regierung mit großer Energie Schritte getan, um eine Abänderung dieses Zustandes wieder zu erreichen und unsere Zollgrenzen wieder durchzusehen. Spätestens mit der Ratifizierung des Friedensvertrages müssen diese wieder gelten. Bei unserer Warenausfuhr müssen die beteiligten Kreise auch besser wie bisher dafür sorgen, daß ihre Preise dem schlechten Stand der deutschen Mark angepaßt sind; es wird vielfach zu billig ans Ausland verkauft. Gegen die Kapital- und Steuerflucht, die auch ein Grund der schlechten Valutastand ist, hat die Nationalversammlung ein Gesetz beschlossen. Der Finanzminister wird in Kürze von der ihm erteilten Vollmacht Gebrauch machen und die notwendigen Verordnungen erlassen. Ferner soll eine Verfügung kommen, die jene Zeiten strafrechtlich bedroht, die durch Anzeigen aus dem Auslande die Kapitalflucht beginnen. Auch gegen die Spekulation in Valuten steht eine Verfügung bevor. Es soll den Kreisen im Reiche, die fortgesetzt auf ein Heruntergehen des Marktwertes spekulieren, das Handwerk verleidet werden. Sie können ja auch in Haussie, d. h. auf das Steigen des Marktwertes spekulieren.

— Die Nichtigkeitserklärung zum Artikel 61. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat der Unterzeichnung des Protolls zur Nichtigkeitserklärung des Artikels 61 zugesagt. Die Reichsregierung wird der Entente durch den Freiherrn von Lersner mitteilen lassen, daß Deutschland ihrem Erfassen nachkommen wird.

— Die goldene Million. Zu der Angelegenheit der goldenen Silbermillion hat der deutsche Nationalrat von Grafe eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in der Auskunft über nachstehende Punkte verlangt wird: 1. Ist das Reich in irgendeiner direkten oder indirekten Weise an der Übergabe des Gelbes beteiligt? 2. Wenn nicht: Ist die Regierung bereit, über den Ursprung des Gelbes irgendwelche, die herrschenden Zweifel unzweckmäßig auflärende Auskunft zu geben? 3. Hält es die Regierung für verantwortlich, deutsche Werte von einer Million Goldmark in diesem Augenblick an das Ausland zu vermitteilen für Breite, deren Berechtigung sie selbst abgestritten hat, bzw. ist sie gewillt, eine solche Verschleuderung deutscher Kapitals an das Ausland zu verhindern?

— Über Lokomotivenrüttelgabe nichts bekannt. Von der von der "Börsischen Zeitung" gebrachten Nachricht des "Matin" über die Rückgabe